

# AKTIV.IST.IN



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 4 / DEZEMBER 2019

## JORDANIEN

Wie willenlose  
Puppen weggesperrt

## INTERSEX

„Normalisieren“ verletzt  
Menschenrechte

## SETZ DICH EIN

für die philippinische  
Klimaaktivistin Marinel  
für die iranische  
Arbeitsrechtlerin Sepideh

NETZWERK FRAUENRECHTE



AMNESTY  
INTERNATIONAL





WEB

[frauenrechte.amnesty.at](http://frauenrechte.amnesty.at)

E-MAIL

[frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at)

FACEBOOK

[@amnestynetzwerkfrauenrechte](https://www.facebook.com/amnestynetzwerkfrauenrechte)

TWITTER

[@AIFrauenrechte](https://twitter.com/AIFrauenrechte)

SPENDENKONTO

BIC: GIBAATWWXXX

IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326

lautend auf

AMNESTY INTERNATIONAL  
ÖSTERREICH

Verwendungszweck:  
NETZWERK FRAUENRECHTE

Spenden an Amnesty sind  
steuerlich absetzbar.

# Liebe Unterstützer\*innen! Liebe Amnesty-Freund\*innen!

Wer sich wie wir im Amnesty-Netzwerk Frauenrechte schon viele Jahre für die Rechte von Frauen und Mädchen einsetzt, vermeint, schon alle Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen gegen Menschen weiblichen Geschlechts zu kennen.

Der neue Amnesty-Bericht zu **JORDANIEN** erschüttert auch langgediente Aktivist\*innen. Völlig willkürlich und ohne Anklage können Frauen in Haft genommen werden: Wenn sie einer außerehelichen Beziehung beschuldigt werden, wenn sie vor häuslicher Gewalt weglaufen, wenn sie dem männlichen Vormund nicht gehorchen. Die Polizei kann zutiefst demütigende Jungfräulichkeitstests vornehmen und - besonders grausam - uneheliche Kinder werden den Frauen weggenommen.

Äußerst beunruhigend sind auch die Ergebnisse von Recherchen, die Amnesty zu häuslicher Gewalt im US Bundesstaat **LOUISIANA** durchführte. 69 Prozent der von ihren Partnern ermordeten Frauen wurden erschossen. Die laxen Waffengesetze in den USA kosten vielen Frauen das Leben. Überdies sind in einigen Bezirken Louisianas Schutzprogramme bei häuslicher Gewalt praktisch nicht existent.

Und wie immer ein Fall aus dem **IRAN**: Für die inhaftierte iranische Arbeitsrechtsaktivistin Sepideh Gholian setzt sich Amnesty schon seit längerem ein. Sie wurde in der Haft misshandelt und wagte es, dies öffentlich zu machen. Daraufhin wurde auch ihre Familie heftig schikaniert. Obwohl vor kurzem gegen Kaution in Freiheit, muss das unfaire Urteil gegen Sepideh Gholian aufgehoben werden und den Foltervorwürfen nachgegangen werden.

Aktuell kannst du dich am **AMNESTY-BRIEFMARATHON** beteiligen, bei dem wir uns heuer besonders für junge Menschenrechtsaktivist\*innen einsetzen. Weltweit schreiben Menschen Millionen Briefe und E-Mails. Drei Fälle aus dem diesjährigen Briefmarathon findest du in dieser Ausgabe: für die philippinische Klimaaktivistin Marinel, für Seán und Sarah, die in Griechenland Flüchtlinge aus Seenot retteten und für indigene Jugendliche in Kanada.

Dein Einsatz ist wirksam, und gemeinsam können wir im Leben anderer Menschen einen großen Unterschied machen.

Das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte

## INHALT



- 3 PHILIPPINEN** Mit Marinel für Klimagerechtigkeit
- 4 KANADA** Gerechtigkeit für eine indigene Gemeinde
- 5 GRIECHENLAND** Keine Anklagen für Sarah und Seán
- 6 IRAN** In der Haft misshandelt
- 8 JORDANIEN** Wie willenlose Puppen weggesperrt
- 11 UNO** Weltweit sterben weniger Kinder und Mütter
- 12 LOUISIANA** Mit Waffengewalt gegen die Partnerin
- 14 INTERSEX** „Normalisierende Operationen verletzen Menschenrechte
- 16 MENSCHENHANDEL** Bekämpfung darf nicht schaden
- 18 DIES&DAS** Kurzmeldungen
- 19 APPELLBRIEFE** Bitte absenden!
- 27 ERFOLGE** Gute Nachrichten
- 28 BRIEFMARATHON** Initiative #FairLassen  
Impressum

# MIT MARINEL FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

*„Ich spreche für die schutzlosen und marginalisierten Gemeinschaften – mögen unsere Stimmen gehört werden.“*

Als Marinel Sumook Ubaldo 16 Jahre alt war, wurde ihr Dorf auf der Insel Samar von dem Taifun Yolanda, einem der tödlichsten Stürme seit Beginn der Aufzeichnungen, völlig zerstört. Marinel hatte Glück im Unglück, doch über 6.000 Menschen auf den Philippinen starben und Millionen Menschen verloren ihr Zuhause.

Immer öfter gefährden katastrophale Naturereignisse die Lebensgrundlage unzähliger Menschen. Marinel wusste, sie musste die Welt auf die verheerenden Folgen des Klimawandels aufmerksam machen und sich dafür einsetzen, dass Regierungen auf der ganzen Welt etwas dagegen unternehmen.

Seither spricht sie bei internationalen Ereignissen wie der UNO Klimakonferenz in Paris darüber, wie die Erderwärmung das Leben hunderttausender Menschen beeinflusst und gefährdet, und fordert von Regierungen konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz. Im September 2018 sprach sie bei der New Yorker Klimawoche über die Auswirkungen auf ihre Gemeinde.

Sechs Jahre nach dem Sturm ist die Situation in Marinels Dorf nach wie vor schwierig. Immer noch haben viele Menschen keine adäquaten Unterkünfte oder es fehlen Strom und sauberes Wasser. Die philippinische Regierung hat sich verpflichtet, den von Taifun Yolanda betroffenen Gemeinden zu helfen, doch bis jetzt ist nicht genug geschehen.



© Eloisa Lopez/Amnesty International

## MARINELS BRIEF AN MENSCHEN ÜBERALL AUF DER

**WELT.** *„Ich heiße Marinel Sumook Ubaldo. Ich bin die Tochter eines Fischers, der sein ganzes Leben lang für seine Familie gesorgt hat. Für meinen Vater war das Leben nie einfach. Er konnte die Grundschule nicht beenden, weil er aufs Meer musste, um für seine Familie zu sorgen. Als Kind, das ungefähr 20 Taifune pro Jahr erlebt hat, sind Katastrophen für mich normal geworden. Ich habe gemerkt, dass das Meer manchmal grausam sein kann und dass wir aufgrund unserer geografischen Lage anfälliger für so viele Arten von Klimakatastrophen sind.“*

*Durch den Taifun Haiyan [Yolanda] wurde mir klar, dass der Klimawandel kein Kampf mehr ist, dem wir uns in Zukunft stellen müssen, sondern ein Kampf, dem wir uns heute, in der Gegenwart, stellen müssen.*

*Wenn wir nur keine Angst haben, uns zu äußern und unsere Geschichte zu teilen, können wir der Welt erzählen, wie die Philippinen unter den Auswirkungen eines Phänomens leiden, das wir nicht verursacht haben.*

*Einige der Länder, die in der Vergangenheit am meisten zum Klimawandel beigetragen haben, spüren noch immer nicht seine vollen Auswirkungen. Deshalb ist es für sie so wichtig, unsere Geschichten zu hören, damit sie erkennen können, dass der Klimawandel schon heute reale Menschen betrifft. Und das sollte diese Länder ermutigen, Maßnahmen zu ergreifen. Als Jugendliche haben wir die Energie und die Kraft, unsere Stimmen zu erheben ...*

*Unser aller Zukunft hängt JETZT von DEINER Entscheidung ab. Bitte schließe dich mir an und mache einen Unterschied.“*

**SETZ DICH EIN!**  
Bitte schick den Appellbrief noch im Dezember ab.

# GERECHTIGKEIT FÜR EINE INDIGENE GEMEINDE

**Vor 50 Jahren vergiftete Quecksilber das Land der indigenen Gemeinde Grassy Narrows. Jetzt kämpft die Jugend um Sanierung und Entschädigung.**

**SETZ DICH EIN!**  
Bitte schick den Appellbrief noch im Dezember ab.

Das Land der indigenen Gemeinschaft Grassy Narrows in Ontario, Kanada, wurde durch eine Quecksilbervergiftung verwüstet. Fünfzig Jahre später sind die Jugendlichen der Gemeinschaft entschlossen, Gerechtigkeit zu erlangen.

Die Menschen der Grassy Narrows haben eine besondere Beziehung zum Fluss. Die Fischerei ist von zentraler Bedeutung für ihre Kultur, ihre Traditionen und ihre Wirtschaft. In den 1960er Jahren erlaubte die Regierung die Deponierung von zehn Tonnen Giftmüll in das Flusssystem des Wabigoon und English River, das die Gemeinschaft ernährt. Die Fische waren mit extrem hohem Quecksilbergehalt kontaminiert, so dass es gefährlich war, sie zu essen. Jahrzehntelange schwere Gesundheitsprobleme waren die Folge. Im Jahr 2017 versprach die Regierung, die Probleme „ein für alle Mal“ zu lösen. Dazu bedarf es der Sanierung des Flusses, einer besonderen

medizinischen Versorgung und der Entschädigung der Bevölkerung. Aber abgesehen von diesen Worten hat die Regierung sehr wenig getan, um die schwerste Gesundheitskrise Kanadas zu verbessern.

Wir alle haben ein Recht auf eine sichere Umwelt. Indigene Gemeinschaften haben das Recht, ihre einzigartige Lebensweise zu erhalten. Die Jugend von Grassy Narrows wird ihren Kampf nicht aufgeben, bis die Regierung ihre Versprechen hält. Diese jungen Leute sollen nicht allein stehen. Fordern wir eine gesunde Zukunft für die Jugend von Grassy Narrows.

#### **FORDERUNGEN AN DIE KANADISCHE REGIERUNG:**

Bereitstellung einer spezialisierten Gesundheitsversorgung für Überlebende von Quecksilbervergiftungen in Grassy Narrows.  
Entschädigung aller Gemeindemitglieder für die Auswirkungen der Quecksilbervergiftung.

© Allan Lissner



Die Jugend der indigenen Gemeinde hat eine enge Beziehung zur Natur und pflegt die Traditionen: Grassy Narrows Sommer Powwow

# KEINE ANKLAGEN GEGEN SARAH UND SEÁN

*„Humanitäre Arbeit ist weder kriminell noch heroisch. Anderen zu helfen, sollte normal sein.“* Seán Binder



In Griechenland kann man ins Gefängnis gehen, weil man versucht hat, ein Leben zu retten. Das geschah Sarah Mardini, 24, und Seán Binder, 25, als sie sich freiwillig als Rettungshelfer\*innen für eine Organisation in Lesbos einsetzten. Ihre Aufgabe war es, Boote in Seenot auf See zu erkennen und Flüchtlingen zu helfen. Ihnen wird Spionage, Menschenschmuggel und die Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation vorgeworfen. Wenn Sarah und Seán für schuldig befunden werden, könnten sie für 25 Jahre ins Gefängnis gehen. Sie verbrachten bereits mehr als 100 Tage im Gefängnis, bevor sie im Dezember 2018 gegen Kautionsentlassung wurden.

Seán, jetzt in Irland, sagt, dass die erschreckendste Sache über das, was ihm widerfuhr, „nicht ist, dass es mich ins Gefängnis gebracht hat, sondern dass das jedem passieren kann“. Es geschieht, wenn Regierungen Menschen kriminalisieren, die versuchen, Flüchtlingen zu helfen. Statt dessen sollten sie das Recht eines Flüchtlings auf einen sicheren Lebensraum schützen. Wenn Menschen in ihren Ländern Konflikten, Folter oder anderen Misshandlungen entkommen müssen, haben sie oft keine andere Wahl, als hochgefährliche Reisen zu unternehmen, um in Sicherheit zu kommen.

**SELBST AUS SYRIEN GEFLOHEN.** Sarah, die jetzt in Deutschland ist, weiß alles über solche Gefahren. Im Jahr 2015 floh sie aus dem Krieg in Syrien und durchquerte die Ägäis in einem

dürrtigen Boot, das fast versank. Sie und ihre Schwester schleppten das Boot an die Küste von Lesbos und retteten so das Leben aller an Bord.

Seit Anfang 2014 sind, je nach Schätzungen, insgesamt zwischen 15.000 und 18.000 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer umgekommen.

2019 ist das sechste Jahr in Folge, in dem mehr als 1.000 Menschen im Mittelmeer ertrinken. Durchschnittlich sterben seit 2014 also jeden Tag acht Menschen auf der Flucht im Mittelmeer.

In den letzten Jahren wurden die operativen Kapazitäten zur Seenotrettung von staatlicher Seite stark eingeschränkt. Private Rettungsorganisationen versuchen diese Lücke zu schließen und zwischen 2017 und 2018 haben diese 40 Prozent aller Rettungsaktionen ausgeführt. Allerdings wird auch die Arbeit privater Rettungsorganisationen zunehmend erschwert und private Rettungshelfer\*innen sogar strafrechtlich verfolgt. Die Pflicht zur Seenotrettung sowie das Verbot der Zurückschiebung in Staaten, in denen Tod, Folter oder unmenschliche Behandlung drohen sind Völkerrecht und das Recht auf Leben nicht verhandelbar.

#### FORDERUNG AN DIE GRIECHISCHEN BEHÖRDEN:

Lassen Sie die Anklage gegen Sarah Mardini und Seán Binder fallen.

Erkennen Sie die Legitimität der humanitären Arbeit, die die Rechte von Flüchtlingen und Migrant\*innen unterstützt, öffentlich an.

**SETZ DICH EIN!**  
Bitte schick den Appellbrief noch im Dezember ab.



IRAN

## IN DER HAFT MISSHANDELT ANGEHÖRIGE SCHIKANIERT

**Gute Nachrichten: Sepideh Gholian wurde am 26. und Esmail Bakhshi am 30. Oktober gegen Kaution freigelassen. Die Forderungen bleiben aber aktuell.**

Die Arbeitsrechtsaktivistin Sepideh Gholian und ihr Mitstreiter Esmail Bakhshi waren seit Jänner im Gefängnis, weil sie sich an friedlichen Protesten beteiligt hatten. Nach einem fünftägigen Hungerstreik von Sepideh Gholian aus Protest gegen ihre Misshandlung und die ihrer Familie sowie die schlechten Haftbedingungen herrschte Sorge um ihre Gesundheit. Sepideh Gholian und Esmail Bakhshi sind gewaltlose politische Gefangene und müssen bedingungslos freigelassen werden. Eine Entlassung auf Kaution reicht nicht.

Die Arbeitsrechtsaktivistin Sepideh Gholian und ihre Familie wurden von Angehörigen des Geheimdienstministeriums und den Gefängnisbehörden der Haftanstalt Shahr-e Rey, in der sie unter sehr schlechten Bedingungen inhaftiert war, ständig schikaniert und misshandelt.

Am 20. Oktober trat Sepideh Gholian in den Hungerstreik, als sie erfuhr, dass ihre Schwester Samaneh Gholian von Angehörigen des Geheimdienstministeriums willkürlich festgenommen und inhaftiert worden war, nur weil sie Sepideh Gholians Schwester ist. Am 22. Oktober wurde Samaneh Gholian nach stundenlangen intensiven Verhören wieder freigelassen. Am 25. Oktober beendete Sepideh Gholian ihren Hungerstreik, nachdem der Leiter des Gefängnisses Shahr-e Rey sie besucht und ihr anscheinend versprochen hatte, ihre Beschwerden bezüglich der Misshandlungen an ihr und ihrer Familie sowie über die schlechten Haftbedingungen

aufzunehmen. In dem Gefängnis sind die sanitären Anlagen sehr schlecht, das Wasser ist zu salzig, um es zu trinken, das Essen ist ungenießbar und das Gebäude ist von Ungeziefer befallen. Während ihres Hungerstreiks verlor Sepideh Gholian mehrmals das Bewusstsein, sie hatte Sehschwierigkeiten und sprach undeutlich.

**BEDRÜCKENDE NACHRICHT.** In einer Sprachaufnahme, die sie am 24. Oktober aus dem Gefängnis nach außen bringen konnte, erzählt Sepideh Gholian mit zitternder Stimme und unter Tränen, dass das Gefängnispersonal ihr Leben im Gefängnis „erdrückend“ und „unaushaltbar“ mache, indem es sie ständig drangsaliere, beleidige und bedrohe und sie davon abhalte, mit ihren Zellengenossinnen zu sprechen. Ihre Familie werde zudem bei den Gefängnisbesuchen eingeschüchtert und misshandelt. Ebenso klagt sie über die ständige Schikane und Einschüchterung ihrer Familienmitglieder durch Angehörige des Geheimdienstministeriums in Ahvaz. Auf der Sprachaufnahme hört man sie weinen und sagen: „Ich kann das nicht mehr länger ertragen. Ich möchte, dass die Menschen wissen, wie schlecht sie [die Gefängnisbehörden] uns im Gefängnis behandeln. Ich kann nicht mehr. Ich weiß nicht, was ich sonst noch tun kann. Ich möchte, dass eine Delegation der Justiz ins Gefängnis kommt und sich selbst ein Bild davon macht, wie schlecht ich und andere Gefangene hier behandelt werden.“

Sepideh Gholian und der Arbeitsrechtsaktivist Esmail Bakhshi waren seit Jänner im Gefängnis, weil sie sich an friedlichen Protesten beteiligt haben, und weil sie öffentlich gesagt haben, dass sie nach ihrer ersten Festnahme im November 2018 gefoltert worden waren. Aufgrund fadenscheiniger Vorwürfe in Verbindung mit der nationalen Sicherheit wurden im September Sepideh Gholian zu 18 Jahren und Esmail Bakhshi zu dreizehneinhalb Jahren Gefängnis und 74 Stockhieben verurteilt. Wenn das Urteil im Rechtsmittelverfahren aufrechterhalten wird, müssen sie jeweils sieben Jahre ihrer Haftstrafe absitzen.

**FESTNAHME ALS VERGELTUNG.** Sepideh Gholian und Esmail Bakhshi wurden am 20. Jänner von Angehörigen des Geheimdienstministeriums in Ahvaz in der Provinz Khuzestan gewaltsam festgenommen. Dies war allem Anschein nach eine Vergeltungsmaßnahme, weil sie über die erlittene Folter im Gewahrsam während ihrer Haft im November und Dezember 2018 gesprochen hatten. Bis zum 28. April 2019 wurde Sepideh Gholian im Sepidar-Gefängnis und Esmail Bakhshi im Sheyban-Gefängnis festgehalten, dann überstellte man beide in das Evin-Gefängnis. Am 3. Juni wurde Sepideh Gholian in das Gefängnis Shahr-e Rey in der Stadt Varamin nahe Teheran verlegt. Im September wurde sie nach einem unfairen Gerichtsverfahren vor Abteilung 28 des Revolutionsgerichts in Teheran zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Sieben Jahre erhielt sie wegen „Versammlung und Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“, eineinhalb Jahre wegen „Verbreitung von Propaganda gegen das System“, zweieinhalb Jahre wegen „Veröffentlichung von Lügen“ und sieben Jahre wegen „Mitgliedschaft in einer illegalen Gruppierung“.

Der letzte Punkt bezieht sich auf ihre Arbeit bei der Online-Zeitschrift Gam, die Beiträge zu Arbeitsrechten veröffentlicht.

Esmail Bakhshi wurde zu 74 Stockhieben und dreizehneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Sieben Jahre erhielt er wegen „Versammlung und Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“, zwei Jahre wegen „Beleidigung des Religionsführers“, zwei Jahre wegen „Veröffentlichung von Lügen“, eineinhalb Jahre wegen „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ und weitere eineinhalb Jahre und 74 Stockhiebe wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“. Wenn die Urteile im Rechtsmittelverfahren aufrechterhalten werden, müssen Sepideh Gholian und Esmail Bakhshi jeweils sieben Jahre Haft verbüßen. Denn Paragraph 134 des Strafgesetzbuchs sieht vor, dass bei mehreren Anklagen, die Gefängnisstrafen vorsehen, die längste Einzelstrafe verbüßt werden muss.

## 10 JAHRE HAFT FÜR ÖSTERREICHER IM IRAN

Der österreichisch-iranische Geschäftsmann Kamran Ghaderi verbüßt nach einem grob unfairen Verfahren eine zehnjährige Gefängnisstrafe. Sie wurde aufgrund von „Geständnissen“ verhängt, die unter Drohungen und verlängerter Einzelhaft zustande kamen. Der Zugang zu seiner Familie und einem Rechtsbeistand wurde ihm lange Zeit verweigert. Zudem benötigt er regelmäßig medizinische Versorgung für einen Tumor im Bein. Kamran Ghaderi war am 2. Januar 2016 am Imam-Khomeini-Flughafen in Teheran von Angehörigen des Geheimdienstministeriums festgenommen worden, als er seine Familie besuchen wollte. Im August 2016 wurde er zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe wegen „Zusammenarbeit mit feindlichen Staaten gegen die islamische Republik“ verurteilt. Die ersten sieben Monate in der Haft wurde Kamran der Zugang zu einem Rechtsbeistand verweigert. Zusätzlich zu den miserablen Haftbedingungen erhält Kamran nicht die medizinische Versorgung, die er benötigt. Seit mehr als drei Jahren warten Kamrans Frau und seine drei Kinder darauf, dass ihr Mann und Vater zu ihnen zurückkehrt.

*Online-Appell für seine Freilassung auf [amnesty.at](http://amnesty.at)*

**SETZ DICH EIN!**  
Bitte schick den  
Appellbrief noch  
im Dezember ab.



JORDANIEN

## WEGGESPERRT WIE WILLENLOSE PUPPEN

**Wegen sexueller Beziehungen vor der Ehe werden in Jordanien Frauen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren inhaftiert. Auch Frauen, die sich der männlichen Vormundschaft entziehen, droht monatelange Administrativhaft.**

Der neue Amnesty-Bericht „Imprisoned women, stolen children: policing sex, marriage and pregnancy in Jordan“ dokumentiert, vor welchen Gefahren Frauen stehen, denen ihre männlichen Familienmitglieder vorwerfen, sich der Vormundschaft zu entziehen oder eine sexuelle Beziehung zu haben, ohne verheiratet zu sein: Ihnen droht Haft oder sie werden demütigenden Jungfräulichkeitstests unterzogen. Unverheiratete Frauen, die schwanger werden, können dazu gezwungen werden, ihr Kind unmittelbar nach der Geburt wegzugeben. „Die jordanische Regierung muss diese furchtbaren Menschenrechtsverletzungen, die jordanische Frauenorganisationen seit Jahrzehnten anprangern, endlich beenden. Allen voran muss die übereifrige Nutzung von Festnahmebefugnissen durch die Provinzgouverneure aufhören. Das diskriminierende Vormundschaftsrecht sieht vor, Frauen zu inhaftieren, wenn sie sich der Vormundschaft durch ein männliches Familienmitglied entziehen. Das muss abgeschafft werden“, sagt Heba Morayef, Regionaldirektorin für den Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika von Amnesty International. „In den vergangenen Jahren hat die Regierung zwar einige wichtige Reformen angestoßen, um gegen geschlechtsspezifische Gewalt

vorzugehen. Unter anderem wurde das Frauenhaus ‚Dar Amneh‘ eingerichtet. Aber jetzt muss endlich Schluss damit sein, dass Frauen inhaftiert und misshandelt werden, nur, weil sie ihrem männlichen Vormund nicht gehorchen oder Geschlechternormen nicht einhalten“, sagt Heba Morayef.

**IM GEFÄNGNIS, WEIL SIE SICH GEGEN DIE MÄNNLICHE VORMUNDSCHAFT AUFLIEHLEN.** Um Frauen in Administrativhaft zu stecken, missbrauchen die Provinzgouverneure in Jordanien ein Gesetz (Crime Prevention Law). Das Büro des Premierministers bestätigte auf Anfrage von Amnesty International, dass sich zu jenem Zeitpunkt 149 Frauen in Verwaltungshaft befanden. 1259 Frauen wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres 2019 aus der Verwaltungshaft entlassen. Die Frauen werden aus verschiedenen Gründen inhaftiert: Beispielsweise, weil sie sich der Vormundschaft durch ein männliches Familienmitglied entziehen, oder weil sie von zu Hause fliehen oder außerehelichen Sex (Zina) hatten. Der Premierminister sagte Amnesty International, dass seit Anfang 2019 bislang 85 Frauen wegen „Zina“ in Verwaltungshaft genommen worden seien. Es sei aber noch niemals eine Frau festgenommen worden, weil sie von zu

Hause weglief – es sei denn, sie habe noch einen weiteren Verstoß begangen. Die Recherchen von Amnesty und die Unterlagen von jordanischen Rechtsbeiständen belegen jedoch, dass Gouverneure die Inhaftierung von Frauen wegen „Weglaufens“ anordnen – oftmals nur, weil die Vormunde dies verlangen. Im Februar 2019 besuchte Amnesty das Gefängnis Juweideh, die größte Hafteinrichtung für Frauen in Jordanien, und sprach mit 22 Frauen, die dort ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren inhaftiert sind. Sie gaben an, sie seien festgenommen worden, weil sie sich der Vormundschaft durch ein männliches Familienmitglied entzogen hätten oder weil man ihnen außerehelichen Sex vorwerfe. Die meisten Frauen sagten, sie seien bereits seit Monaten in Haft und warteten darauf, dass ein männliches Familienmitglied eine Kautions für sie hinterlegt. Noch im September 2019 hatten Quellen gegenüber Amnesty bestätigt, dass weiterhin mindestens 30 Frauen wegen „Weglaufens“ oder außerehelicher sexueller Beziehungen in Juweideh inhaftiert seien.

Fast alle Frauen gaben an, vor Misshandlungen geflohen zu sein. Oder sie seien weggelaufen, weil ihr Vormund ihnen die freie Wahl des Ehepartners untersagt habe. Nach jordanischem Recht müssen Frauen unter 30 die Erlaubnis ihres männlichen Vormunds (normalerweise der Vater, Bruder oder Onkel) einholen, um heiraten zu können.

**VOM EIGENEN VATER ANGEZEIGT.** Sawsan\* erzählte Amnesty, dass sie seit über einem Jahr im Gefängnis sitze, nachdem ihr Vater sie bei den Behörden angezeigt habe, weil sie mit einem Mann weggelaufen sei. Tatsächlich sei sie aber vor den Misshandlungen ihres Vaters geflohen. Auch Rana\*, Mitte zwanzig, berichtete Amnesty International, dass sie wegen außerehelichem Sex festgenommen

und strafrechtlich verfolgt wurde, nachdem sie mit einem Mann weggelaufen war, den sie liebte, aber nicht heiraten durfte. Das Strafverfahren hatte ihr Vater gegen sie angestrengt.

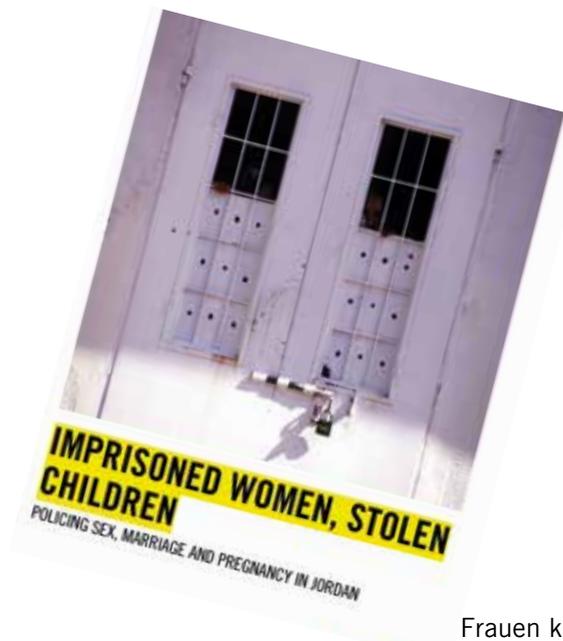
Vier Frauen erzählten Amnesty International, wie sie aufgrund einer Schwangerschaft im Gefängnis landeten. Das Krankenhauspersonal habe die Polizei gerufen, weil sie schwanger waren, ohne verheiratet zu sein. Zwei unverheiratete schwangere Frauen erzählten unabhängig voneinander, dass sie bis zur Geburt ihrer Kinder in Administrativhaft gehalten wurden, damit die Behörden bei den Babys einen DNA-Test vornehmen konnten. So sollten die mutmaßlichen Väter vom Vorwurf des außerehelichen Geschlechtsverkehrs entlastet werden.

**POSITIVE SCHRITTE, ABER ANHALTENDE SORGE.** Angehörige des Innenministeriums berichteten Amnesty International bei einem Treffen im Februar 2019, dass Gouverneure Frauen zu deren eigener Sicherheit inhaftieren würden. Denn sie seien in Gefahr, von ihren Familienangehörigen getötet zu werden, wenn sie ihren Ehemann verlassen oder außerehelichen Sex hatten. Die Beamt\*innen fügten hinzu, dass durch das neu eröffnete Frauenhaus Dar Amneh diese „Schutzhaft“ nicht mehr nötig sei.

Zivilgesellschaftliche Organisationen führen es auch überwiegend auf das Frauenhaus Dar Amneh zurück, dass die Zahl dieser Art von „Schutzhaft“ zurückgegangen ist. Bis Mitte September 2019 hatte die Einrichtung 75 Frauen beherbergt. Doch hat Dar Amneh die Praxis der Inhaftierung von Frauen wegen Verlassens ihres Ehemanns und außerehelichem Sex nicht beendet. Viele dieser Frauen scheinen zur Bestrafung inhaftiert zu werden und um sie zu bewegen, zu ihrem männlichen Vormund zurückzukehren.

#### ÜBER DEN BERICHT

Amnesty International hat zur Erstellung dieses Berichts zwischen Juni 2018 und Oktober 2019 insgesamt 121 Personen interviewt. Außerdem hat Amnesty im Februar 2019 mit zehn Regierungsbeamt\*innen gesprochen und die Rechercheergebnisse dem Premierminister vorgelegt.



„Jungfräulichkeitstests durch die Polizei verstärken die diskriminierende Vorstellung, dass männliche Familienmitglieder das Recht haben, die Sexualität der Frauen zu überwachen und zu kontrollieren.“

Heba Morayef, Regionaldirektorin für den Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika von Amnesty International

Frauen können wegen außerehelichem Sex strafrechtlich verfolgt werden. Darauf stehen ein bis drei Jahre Haft. Auch Männer können strafrechtlich verfolgt werden, wenn die Ehefrau ihren Ehemann bei den Behörden anzeigt. Doch eine Frau kann auch dann strafverfolgt werden, wenn ein anderer männlicher Vormund Anzeige erstattet. Dies gibt männlichen Familienmitgliedern eine weitere Möglichkeit, Frauen zu kontrollieren und zu bestrafen.

**DEMÜTIGENDE „JUNGFRAULICHKEITSTESTS“.** Unverheiratete Frauen, die inhaftiert wurden, weil sie sich der männlichen Vormundschaft entzogen hatten, erzählten Amnesty International, dass sie von der Polizei zu einem Jungfräulichkeitstest gefahren wurden. Mit einer vaginalen Untersuchung soll festgestellt werden, ob die betroffene Frau Geschlechtsverkehr hatte – was wissenschaftlichen Grundlagen entbehrt. Dieses Vorgehen verstößt gegen das völkerrechtliche Verbot von Folter und anderen Formen der Misshandlung. Hanan\*, etwa 20 Jahre alt, berichtete Amnesty International, dass sie dreimal mit ihrer Schwester vor Misshandlungen in ihrem Elternhaus geflohen sei: „Jedes Mal, wenn wir weggelaufen waren, nahm uns die Polizei fest und brachte uns in ein Spital. Mein Vater bestand darauf, uns einem Jungfräulichkeitstest zu unterziehen. Wir stimmten jedes Mal zu, da wir wussten, dass wir unserem Vater beweisen mussten, dass wir noch ‚Jungfrauen‘ sind. Der Familienschutz [eine Polizeieinheit] stellte aber ohnehin klar, dass wir den Test vornehmen lassen müssten, wenn unser Vater dies wolle. Er hat einfach das Recht dazu.“

Einige Frauen berichteten, dass sie vom Familienschutz oder von Familienangehörigen angewiesen wurden, sich dem Jungfräulichkeitstest zu unterziehen. „Solche rechtswidrigen Praktiken müssen unter allen Umständen beendet werden“, sagte Heba Morayef.

**MÜTTERN WERDEN AUSSEREHELICHE KINDER WEGGENOMMEN.** Frauen, die außerhalb einer Ehe schwanger werden, tragen das zusätzliche Risiko, dass ihr Kind in staatliche Obhut gegeben wird. Das Büro des Premierministers gab Amnesty International gegenüber an, dass ein Kind der Mutter nur dann weggenommen werde, wenn es in Gefahr sei. Doch Frauenrechtsaktivist\*innen, Rechtsanwält\*innen bestätigten Amnesty International: Der Familienschutz übergibt Kinder von unverheirateten Frauen immer einem Pflegeheim des Ministeriums für Soziales, ohne dass der Einzelfall geprüft werde.

Fünf Frauen, die Kinder geboren hatten, ohne verheiratet zu sein, erzählten Amnesty International, dass ihnen der Säugling gegen ihren Willen von der Polizei weggenommen worden sei.

Unverheiratete Frauen können bestenfalls versuchen, als Pflegeeltern wieder mit ihren Kindern zusammenkommen.

Heba Morayef: „Leider haben wir mehrere Fälle von unverheirateten Frauen dokumentiert, die nach einer Vergewaltigung schwanger wurden und dann ins Gefängnis kamen. Ihnen wurde ihr Kind weggenommen oder die Registrierung des Kindes verweigert. Einer Frau gegen ihren Willen ihr Kind wegzunehmen, kommt der Folter gleich.“

\*Name aus Sicherheitsgründen geändert

# WELTWEIT STERBEN WENIGER KINDER UND MÜTTER

## Bessere Gesundheitsversorgung, aber riesige Unterschiede zwischen den Weltregionen

Wie aus einem im September veröffentlichten UN-Bericht hervorgeht, sind die Sterblichkeitsraten auf einen neuen Tiefstand gesunken. Seit dem Jahr 2000 gingen die Todesfälle von Kindern fast um die Hälfte zurück, die von Müttern um mehr als ein Drittel. Es gibt allerdings weiterhin riesige Unterschiede zwischen den Weltregionen.

Trotz der Fortschritte stirbt den Angaben zufolge immer noch alle elf Sekunden irgendwo auf der Welt eine schwangere Frau oder ein neugeborenes Baby. Das UN-Kinderhilfswerk Unicef und die Weltgesundheitsorganisation WHO führen den Rückgang der Sterblichkeitsraten auf einen verbesserten Zugang zur Gesundheitsversorgung zurück. „In Ländern, in denen es eine zuverlässige, bezahlbare, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle gibt, können Frauen und Babys überleben und sich gut entwickeln“, erklärte WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus.

**VERMEIDBARER TOD.** Der Bericht zeigt aber, dass 2018 nach wie vor 6,2 Millionen Kinder unter 15 Jahren aus meist vermeidbaren Gründen gestorben sind, davon waren 5,3 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Mehr als 290.000 Frauen sind demnach 2017 an Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt gestorben. Für Kinder ist das Sterberisiko im ersten Monat nach der Geburt besonders hoch, vor allem wenn sie zu früh, zu klein oder mit angeborenen Beeinträchtigungen geboren wurden, wenn es Komplikationen bei der Geburt gab oder wenn die Babys eine Infektion haben. Von den Neugeborenen, die ihren ersten Monat nicht überleben, sterben etwa ein Drittel am Tag der Geburt. „Rund um die

Welt ist eine Geburt ein Anlass zur Freude. Aber alle elf Sekunden ist eine Geburt eine Familientragödie“, erklärte Unicef-Exekutivdirektorin Henrietta Fore.

Die Überlebenschancen für Mütter und Kindern sind dem Bericht zufolge zudem sehr ungleich verteilt: In Subsahara-Afrika sind sie deutlich schlechter als in anderen Weltteilen. 80 Prozent aller Todesfälle von Müttern und Kindern wurden demnach im südlichen Afrika sowie im südlichen Asien verzeichnet.

**SCHLUSSLICHT SUBSAHARA-AFRIKA.** Für Frauen in Subsahara-Afrika ist es dem Bericht zufolge 50 Mal gefährlicher als in Industrieländern, ein Kind zu bekommen. Außerdem haben ihre Kinder ein zehnfaches so hohes Todesrisiko. 2018 starb dem Bericht zufolge eines von 13 Kindern unter fünf Jahren im südlichen Afrika. Zum Vergleich: In Europa erlebte durchschnittlich eines von 196 Kindern den fünften Geburtstag nicht. In Deutschland stirbt beispielsweise eines von 250 lebend geborenen Kindern vor seinem fünften Geburtstag. In Österreich ist es eines von 269 Kindern. In den vergangenen Jahrzehnten verzeichnete die UNO aber erhebliche Fortschritte bei der Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit. Zwischen 1990 und 2018 sanken die Todesfälle von Kindern unter 15 Jahren um 56 Prozent von 14,2 Millionen auf 6,2 Millionen.

Die größten Fortschritte machten ostasiatische und südostasiatische Länder. Die Müttersterblichkeit sank zwischen 2000 und 2017 um 38 Prozent, wobei es die größten Verbesserungen in Zentral- und Südostasien gab. Die Fortschritte sind aber immer noch zu langsam, um die von der UNO festgelegten Entwicklungsziele bis 2030 zu erreichen.





LOUISIANA  
HÄUSLICHE GEWALT

## VOM PARTNER ERSCHOSSEN

**Das Rechtssystem lässt Opfer von häuslicher Gewalt im Stich.**

*Von Lesly Lila,  
Amnesty-Campaignerin für  
Frauen und LGBTI-Rechte,  
London*

Wenn wir an Louisiana denken, denken wir an Jazz. New Orleans. Die Bayou. Cajun und kreolisches Essen. Alles gute Gründe, diesen einzigartigen Staat zu besuchen. Aber es gibt eine andere Seite Louisianas, die sicherlich keine Quelle des Stolzes ist: sein Problem der häuslichen Gewalt.

Während Gewalt gegen den\*die Partner\*in Menschen jeden Geschlechts betrifft, betrifft sie Frauen überproportional. Es kann physische, sexuelle, psychologische oder sogar wirtschaftliche Gewalt sein. Aber wenn es eine Gemeinsamkeit all dieser Formen von Gewalt gibt, dann sind es die Macht und Kontrolle, die gewalttätige Menschen auf ihre Partner\*innen ausüben wollen.

Hinzu kommt, dass die Gewalt intimer Partner zu tödlicher Gewalt eskalieren kann - und 2018 hatte Louisiana die zweithöchste Rate an Frauen, die in den USA von Männern getötet wurden. Louisiana hat eine der höchsten Raten seit Jahren.

Gewalttäter sind noch gefährlicher, wenn sie Waffen haben. Frauen, die von ihrem Partner getötet werden, werden mit größerer Wahrscheinlichkeit von einer Schusswaffe

getötet als auf alle andere Weisen zusammen. In Louisiana waren im Jahr 2018 69 Prozent der Beziehungsmorde auf Schusswaffen zurückzuführen. Organisationen, die mit Überlebenden arbeiten, schätzen, dass zwischen 40 Prozent (in New Orleans) und 90 Prozent (in meist ländlichen Gemeinden) der Täter Schusswaffen besitzen.

### **WAFFENVERBOT FÜR GEWALTÄTÄR DURCHGESETZT.**

Wegen dieser schockierenden Zahlen haben Aktivist\*innen Louisiana unter Druck gesetzt, um den Zugang von häuslichen Gewalttätern zu Schusswaffen zu beschränken. Die gute Nachricht: Es hat funktioniert! Es wurden Gesetze eingeführt, um sicherzustellen, dass Personen, die wegen häuslicher Gewalt verurteilt wurden, keine Waffen besitzen dürfen. Es ist ein Fortschritt, aber es ist nicht genug. Diese Gesetze werden es nicht schaffen, Überlebende vor Tätern mit Waffen zu schützen, wenn Überlebende durch das Strafrechtssystem erneut zu Opfern werden - was in Louisiana geschieht, wo es keine einheitlichen Maßnahmen von Behörden über Bezirke hinweg gibt.

In einigen sind die Maßnahmen so unzureichend, dass Überlebende re-traumatisiert und ungeschützt bleiben.

**DIE POLIZEI HILFT NICHT IMMER.** Amnesty stellte fest, dass die Polizei in einigen Fällen Anrufe von häuslicher Gewalt als einfache „häusliche Streitigkeiten“ abtat. Gelegentlich haben Polizist\*innen Überlebende bedroht oder verhaftet, die sie zum Schutz gerufen hatten. Das war April Charles passiert, die selbst inhaftiert wurde, als sie die Polizei wegen ihres Täters anrief. Kevonna, April's Schwester, sagte Amnesty: „Der Vater von Aprils Kind verprügelte sie, aber jedes Mal, wenn sie die



Polizei rief, ging sie ins Gefängnis. Als sie ihr sagten, wenn sie noch einmal anruft, werden sie beide verhaftet.“ April wurde schließlich von ihrem Partner erschossen.

Amnesty stellte fest, dass Stereotypen über Geschlecht, Rasse und Familie auch die Reaktion der Polizei beeinflussten.

In Fällen, in denen gleichgeschlechtliche Partner involviert sind, ist es wahrscheinlicher, dass die „männlichste“ Person verhaftet wird, unabhängig davon, wer gewalttätig war. Opfer in gleichgeschlechtlichen Beziehungen erfuhren demütigende Bemerkungen durch die Polizei, als sie um Hilfe baten. Deswegen wagen es nur sehr wenige LGBTI-Personen, überhaupt die Polizei zu rufen.

**SCHWARZE FRAUEN** sind auch von rassistischen Stereotypen betroffen. Sie werden eher als „aggressiv“ wahrgenommen als weiße Frauen und weniger als schützenswerte Opfer. Amnesty fand heraus, dass die vorverurteilende Kriminalisierung von Schwarzen, Lateinamerikaner\*innen und Einwanderer\*innen Überlebende davon abhalten kann, die Polizei zu rufen, wenn sie Gewalt erfahren. Maria, die früher illegal in den USA lebte, sagte Amnesty: „Mein Ex-Mann hat mich mit einer Waffe bedroht. Er sagte, wenn ich ihn verlasse, würde er die Einwanderungsbehörde anrufen. Ich rief die Polizei. Als sie kamen, hatte er ein Gespräch mit ihnen, aber sie sprachen nie mit mir. Nachdem sie weg waren, überzeugte er mich, dass ich ohne ihn keine Kinder großziehen konnte, weil ich undokumentiert war und kein Geld hatte.“

**MANGELHAFTER SCHUTZ DURCH GERICHTE.** Ein Teil des Vorgehens zum Schutz vor Gewalt durch intime Partner ist eine so genannte „Schutzanordnung“, die verlangt, dass die Person

aufhört, dich zu bedrohen oder zu verletzen, sich von dir fernhält, und seit heuer in Louisiana: ihre Waffen für die Dauer der Anordnung aufzugeben. Aber man muss vor ein Zivilgericht gehen, und die Mehrheit der Menschen muss sich selbst vertreten, weil es nicht genügend Mittel für die Prozesskostenhilfe gibt.

Oft ist die Art und Weise, wie die Staatsanwaltschaft einen Fall häuslicher Gewalt verfolgt, nicht im besten Interesse der Überlebenden. Fälle von häuslicher Gewalt werden routinemäßig als geringfügigere Vergehen angeklagt, um eine schnellere und sicherere Verurteilung zu gewährleisten, aber das hat Auswirkungen auf die Verurteilung und darauf, ob es dem Täter verboten ist, eine Waffe zu besitzen oder nicht.

Für höhere Verurteilungsraten weigern sich die Staatsanwält\*innen auch manchmal, die Anklage gegen Überlebende fallen zu lassen, die fälschlicherweise verhaftet wurden, z.B. wenn sie in Notwehr handeln. Sie werden entweder zu einem Vergleich gezwungen oder vor Gericht gestellt.

**MINDESTSTANDARDS ÜBERALL.** Ob Überlebende in Louisiana den Schutz erhalten, den sie brauchen, hängt davon ab, wo sie leben, ob die zuständige Behörde geeignete Verordnungen hat, wie sie auf häusliche Gewalt reagieren soll, wer sie sind und wer ihr Täter ist. Was Louisiana braucht, ist ein einheitliches System mit guten Mindeststandards, um sicherzustellen, dass Opfer, die die Polizei in Lafayette rufen, keine andere Reaktion erhalten als diejenigen, die es in Lafourche tun. Alle Ebenen der Justiz müssen geschult werden, um diese Standards zu erfüllen, und sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie es nicht tun.

## ANGELAS GESCHICHTE

„In meinem Fall begann es mit Beschimpfungen, später wurde er auch gewalttätig... Wir hatten uns getrennt, aber wir begannen, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen, als wir eines Morgens eine Meinungsverschiedenheit hatten. Ich war in der Badewanne, als er reinkam und auf mich schoss. Ich kann mich nur an die letzten beiden Schüsse erinnern. Ich schaue zu ihm auf und er sagt: ‚Schau, wie weit du mich gebracht hast, Angie. Du hast mich gezwungen, auf dich zu schießen.‘

Er kam mit meinem Handy zurück, und ich sagte ihm, er solle den Notruf wählen. Ich fühlte mich, als würde ich sterben.

Meine Beine fühlten sich stachelig an. Ich wusste nicht, dass er mir in den Rücken geschossen hatte und ich war bereits gelähmt. ...

Seitdem habe ich viel in der Öffentlichkeit gesprochen - nicht nur über Waffengewalt und häusliche Gewalt, sondern auch über Waffenkontrolle und psychische Gesundheit. ... Ich habe neun Schüsse überlebt, aber ich habe nie geweint, dass ich gelähmt bin.“

Foto von Angela mit ihren Söhnen (links)

Der neue Amnesty-Bericht FRAGMENTED AND UNEQUAL. A JUSTICE SYSTEM THAT FAILS SURVIVORS OF INTIMATE PARTNER VIOLENCE IN LOUISIANA, USA findet sich auf amnestyusa.org

# „NORMALISIERENDE OPERATIONEN“ VERLETZEN MENSCHENRECHTE

**„Was nicht passt, wird passend gemacht“. Dieses Motto herrscht in der Medizin und in der Gesellschaft vor, wenn es um intergeschlechtliche Kinder geht.**

*Von Linda Fiene, M.A. Human Rights, ist Mitglied des Netzwerks Frauenrechte*

Wir wachsen in einer Welt auf, die Menschen vom Moment der Geburt an in zwei Kategorien unterteilt: Frauen und Männer. Diese binäre Geschlechterteilung sehen die meisten von uns als selbstverständlich an. Es gibt Toiletten für Männer und Frauen, Kleidung für Männer und Frauen und auch Sportwettbewerbe werden in diese zwei Kategorien unterteilt. Als eines der ersten Dinge im Leben erhalten wir einen Namen und eine Geburtsurkunde, die uns entweder als „männlich“ oder „weiblich“ ausweist. Die meisten Menschen würden behaupten, dass man mit einem Blick erkennen kann, ob ein neugeborenes Baby ein Mädchen oder ein Bub ist. Aber was, wenn es nicht so eindeutig ist?

Nicht einfach das Kästchen „männlich“ oder „weiblich“ ankreuzen zu können – in einem Formular, in dem es nur diese zwei Möglichkeiten gibt – das ist mit dem Begriff „intergeschlechtlich“ gemeint.

**WAS GENAU BEDEUTET DAS?** Manche Menschen werden mit Variationen der Geschlechtsmerkmale geboren. Zu diesen Geschlechtsmerkmalen gehören nicht nur die äußeren Geschlechtsorgane wie Genitalien, sondern auch Gonaden (Hoden, Eierstöcke), Hormone, Fortpflanzungsorgane oder Chromosomen. Der Begriff „intergeschlechtlich“ beschreibt eine Person, deren Geschlechtsmerkmale eine Variation aufweisen und somit nicht den üblichen Normen von „männlich“ oder „weiblich“ entsprechen. Intergeschlechtliche Personen scheinen nicht in das vorherrschende System von Männern und Frauen zu passen.

Intergeschlechtlichkeit ist ein sehr weit gefasster Begriff. Alternativ werden für die betroffenen Personen auch die Ausdrücke „Personen mit Variation der Geschlechtsmerkmale“, „intersex“ oder „inter\*“ verwendet. Schätzungen gehen davon aus, dass weltweit 1,7 % der Menschen mit Variationen der Geschlechtsmerkmale geboren werden. Diese können in unterschiedlichen Formen auftreten. Werden manche direkt nach der Geburt erkannt, zeigen sich andere erst in der Pubertät und wieder andere bleiben ein Leben lang unentdeckt. Für manche gibt es eine medizinische Diagnose.

## **„NORMALISIERENDE“ OPERATIONEN DER GENITALIEN.**

„Was nicht passt, wird passend gemacht“. Dieses Motto herrscht in der Medizin und in der Gesellschaft vor, wenn es um intergeschlechtliche Kinder geht. Wird direkt bei der Geburt erkannt, dass ein Baby nicht eindeutig als männlich oder weiblich eingeordnet werden kann, führen Ärzt\*innen oft medizinische Eingriffe durch, beispielsweise sogenannte „normalisierenden“ Operationen an den Genitalien oder Gonaden. Damit sollen die Kinder an die Norm angepasst werden und ein eindeutiges Geschlecht erhalten. Manchmal finden die operierten Kinder erst später oder nie heraus, dass sie intergeschlechtlich geboren wurden. Wird die Variation der Geschlechtsmerkmale später entdeckt, z.B. in der Pubertät oder im Erwachsenenalter, werden ebenso invasive Maßnahmen oder Hormontherapien herangezogen.

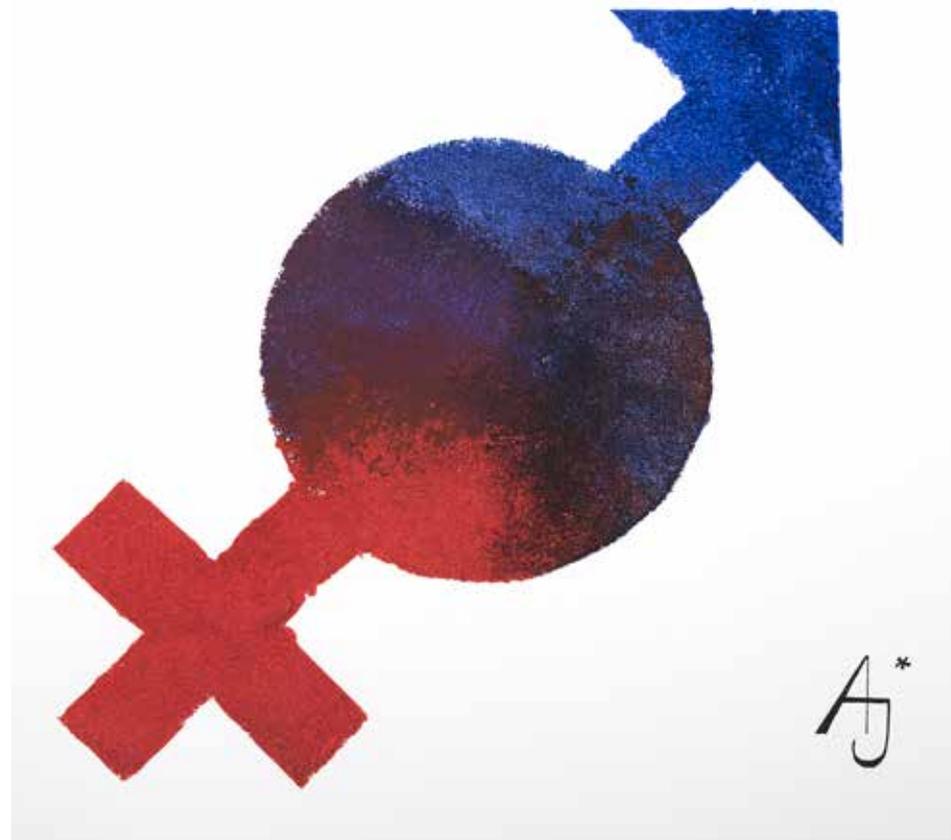
Diese Eingriffe haben gemeinsam, dass sie meist invasiv und irreversibel sind, also nicht

rückgängig gemacht werden können. Außerdem handelt es sich oft um Operationen und Maßnahmen, die keine Notfallmaßnahmen sind, also weniger medizinische und mehr kosmetische Gründe haben. Die Kinder sollen aussehen wie „normale“ Mädchen oder Jungen aussehen. Solche medizinischen Eingriffe haben oft gravierende psychische und körperliche Folgen für die Kinder, die sie ein Leben lang begleiten. Traumatisierungen und negative Auswirkungen auf die Identität können ebenso daraus entstehen.

Deshalb hat Amnesty International intergeschlechtliche Personen in Deutschland und Dänemark interviewt und einen Bericht veröffentlicht. Steffi, eine der interviewten Personen, berichtete: „Im Alter von neun Monaten, zwölf Monaten und fünfeneinhalb Jahren wurde ich operiert. Für mich ist das eine Menschenrechtsverletzung. (...) Aus heutiger Sicht hätte ich mir gewünscht, dass sie mich einfach gelassen hätten, wie ich war.“

**ELTERN UND MEDIZINER\*INNEN ENTSCHEIDEN.** Werden die Operationen im jungen Alter durchgeführt, haben die Kinder keine Möglichkeit, eine Einverständniserklärung abzugeben. Ihre Eltern und Ärzt\*innen entscheiden für sie, oft geleitet von gesellschaftlichen Erwartungen und Vorstellungen von Normalität. Jedoch ist die Beratungen und Begleitung für Eltern unzureichend und unter Ärzt\*innen mangelt es an Sensibilität und Expertise. Das hat zur Folge, dass Eltern sich für eine Operation entscheiden und den Kindern ein Geschlecht aufzwingen.

Durch die Interviews und den Amnesty-Bericht kam heraus, dass diese Normalisie-



rungsoperationen ohne Zustimmung der Kinder deren Menschenrechte verletzen, unter anderem das Recht auf Achtung des Privatlebens, auf geistige und körperliche Unversehrtheit und auf Selbstbestimmung. Daher müssen die Staaten intergeschlechtliche Kinder besser vor diesen „normalisierenden“ Operationen ohne Einwilligung schützen. Außerdem müsste ein gesellschaftliches Umdenken stattfinden (mehr dazu in Teil 2). Intergeschlechtlichkeit ist für viele nur schwer vereinbar mit der Vorstellung der binären Geschlechterteilung in ausschließlich Frauen und Männer.

Die öffentliche Diskussion um intergeschlechtliche Personen ist von Unsichtbarkeit, Tabu oder Mangel an Informationen geprägt. Neben den „normalisierenden“ Operationen müssen intergeschlechtliche Kinder und Erwachsene sich noch vielen weiteren Herausforderungen stellen, wie beispielsweise Stigmatisierung und fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz.

*Erfahren Sie mehr darüber im zweiten Teil dieses Artikels, der in der nächsten Ausgabe erscheint.*

**Der Amnesty-Bericht: „Zum Wohle des Kindes? Für die Rechte von Kindern mit Variationen der Geschlechtsmerkmale in Dänemark und Deutschland“ steht auf [amnesty.de](https://www.amnesty.de) zum Download bereit**

© Alex Jürgen, Titelbild des Amnesty-Reports „Zum Wohle des Kindes?“



## MENSCHENHANDEL

# BEKÄMPFUNG DARF NICHT SCHADEN

Von Corina Jakob, Netzwerk  
Frauenrechte

*Der Kampf gegen Menschenhandel stellt einen Schwerpunkt in der österreichischen Außenpolitik dar, weshalb 2004 die Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels gegründet wurde und seither unter der Leitung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres steht.*

Technologie und die Bekämpfung des Menschenhandels - Chance oder Herausforderung? So lautete der Titel der Konferenz der österreichischen Task Force gegen Menschenhandel und auch der Titel der Hauptrede, gehalten von der amerikanischen Professorin Jennifer Musto, Expertin zum Thema Menschenhandel und Autorin zahlreicher Publikationen, darunter ihr Buch: „Control and protect: Collaboration, carceral protection, and domestic sex trafficking in the United States“ Jennifer Musto legte die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit bei der 12. Konferenz gegen Menschenhandel am 16. Oktober 2019 in der Diplomatischen Akademie in Wien vor etwa 200 Zuhörer\*innen dar. Wobei sie selbst ihre Arbeit dahingehend einschränkte, dass es nur sehr wenig empirische Forschung zu den technologischen Initiativen in der Bekämpfung des Menschenhandels gibt und die daraus resultierende Darstellung nur eingeschränkt möglich ist. Hinzu kommt, dass die geschätzte und die tatsächlich identifizierte Anzahl von Opfern im Menschenhandel stark voneinander abweichen und die Vermischung von Sexarbeit und Zwangsprostitution in den erhobenen Daten diese zusätzlich verfälscht.

### VERBRECHEN & MENSCHENRECHTSVERLETZUNG.

Menschenhandel wird als ein Thema der Verbrechensbekämpfung angesehen und nicht als Menschenrechtsverletzung an Betroffenen.

Desweiteren beschäftigte sich Musto in ihrem Vortrag speziell mit Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Mädchen in den Vereinigten Staaten. Diese Festlegung wurde durch die

Verabschiedung des sog. „Trafficking Victims Protection Act 2000“ in den USA begünstigt, obwohl sie selbst der Ansicht ist, dass der Anteil des Menschenhandels zum Zwecke der Arbeitsausbeutung ohne sexuellen Bezug größer ist und nicht weniger Beachtung verdient.

**DIE ANNAHMEN.** Die im Vortrag dargelegte Forschung geht von drei Annahmen aus:

- Menschenhändler\*innen nutzen Technologie um Menschenhandel zu betreiben und um sich vor Strafverfolgung zu schützen. Dies impliziert, dass Strafverfolgungsbehörden Technologie benutzen können, um Daten über mutmaßliche Menschenhändler\*innen zu sammeln und potentielle Opfer von Menschenhandel identifizieren zu können.
- Die mit der Strafverfolgung betrauten Behörden verfügen nicht über ausreichende Ressourcen, Möglichkeiten und Wissen um dem Menschenhandel begegnen zu können. Daraus folgt, dass sie sich durch Technologien, künstliche Intelligenz und nichtstaatliche Expert\*innen unterstützen lassen.
- Die getroffenen Maßnahmen sind für von Menschenhandel betroffene oder gefährdete Personen hilfreich und dienen dazu, diese besser zu unterstützen.

Im Zuge der Interviews mit nichtstaatlichen Akteur\*innen, Strafvollzugsbeamten\*innen und Betroffenen von Menschenhandel ergaben sich folgende Schlussfolgerungen: Daten sind für die Ermittlungsarbeit extrem wertvoll. Diese werden gesammelt, wenn die Arbeit von Betroffenen im Internet beworben wird. Sie sind entscheidend um eine Täter-Opfer-Beziehung nachzuweisen, z.B. durch Telefonate oder E-Mail-Kontakt. Sie

*„EU-weit werden jährlich im Durchschnitt rund 8.000 Menschen als Betroffene von Menschenhandel registriert, darunter mindestens 15 % Kinder und Jugendliche.“*

Plattform gegen Ausbeutung und Menschenhandel

entbinden außerdem Betroffene von Menschenhandel von der Notwendigkeit, vor Gericht gegen Menschenhändler auszusagen. Allerdings benötigen die zur Unterstützung eingesetzten Technologien wie z.B. maschinelles Lernen, Computer Vision und Natural Processing extrem große Datenmengen um im Zuge der künstlichen Intelligenz Wissen zu generieren und selbstständig Muster und Zusammenhänge erkennen zu können. Dazu werden in den USA hunderte Millionen von Sex-Anzeigen im Netz gesammelt und bewertet.

Diese Datenmenge wirft Fragen zum Datenschutz und zur Datenspeicherung auf. Insbesondere da durch die erhobenen Daten auch Opfer und begünstigte Personen des Menschenhandels ermittelt werden und somit in den Fokus der Justiz gelangen. Eine Unterscheidung zwischen freiwilliger Sexarbeit und Zwangsprostitution ist den Programmen oft nicht möglich, so dass es zu Festnahmen und Kriminalisierungen von Sexarbeiter\*innen kommt.

**NICHT NUR HILFREICH.** Auch für die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ist die Identifikation durch das System nicht nur hilfreich, da Prostitution im allgemeinen in den USA unter Strafe steht und es deshalb zu einer Anklage und in weiterer Form zu einer Haft- oder Bewährungsstrafe kommen kann. Diese Vorstrafen begleiten die Betroffenen ihr ganzes Leben lang, immer dann, wenn diese zum Beispiel ein Leumundszeugnis für Beruf oder Wohnung benötigen. Um den Menschenhandel zu bekämpfen werden in den USA auch verstärkt Gesichtserkennungstechnologien zum Einsatz gebracht, welche auch bei der Grenzsicherung zum Einsatz kommen. Da die Fotos und damit weitere Daten der Betroffenen ohne deren Wissen und ihre Zustimmung gesammelt werden, gibt es derzeit keine Möglichkeit, einmal erhobene Daten wieder zu löschen. Insbe-

sondere da die betreffende Person gar nicht weiß, ob und in welchem Ausmaß personenbezogene Daten über sie existieren. Was passiert, wenn die eingesetzten Technologien sich in der Bewertung der Daten irren und so fälschlich Personen als Menschenhändler klassifiziert werden? Welche Kontrolle und welches Mitspracherecht haben Betroffene von Menschenhandel bei der Verwendung ihrer Daten, und haben nicht auch sie ein Recht auf die Wahrung ihrer Privatsphäre?

**DIE RISIKEN.** Die Expertin gibt drei Denkanstöße für den weiteren Einsatz von Technologie in der Bekämpfung des Menschenhandels.

► Daten haben einen immensen Wert bei der Bekämpfung von Menschenhandel, trotzdem oder gerade deshalb müssen Stakeholder\*innen für die damit einhergehenden Risiken bei Datenschutz und Speicherung sensibilisiert werden und proaktiv Maßnahmen treffen, damit die beschriebenen Risiken gar nicht erst auftreten.

► Mehr Transparenz über den Umgang mit den erhobenen Daten, und Sichtbarmachung der gesammelten Informationen, damit Personen, die vermehrt dem Risiko der Ausbeutung und damit auch der staatlichen Überwachung ausgesetzt sind, wie z.B. Sexarbeiter\*innen und Migrant\*innen, Kontrolle und ein Mitspracherecht bei der Nutzung ihrer Daten eingeräumt werden kann.

► Niemandem schaden. Es ist ernüchternd zu sehen, dass Maßnahmen, die zur Bekämpfung von Menschenhandel getroffen werden, auf Kosten der Betroffenen gehen und den Überlebenden von Menschenhandel schaden, indem sie die Menschen kriminalisieren und eine Integration in die Gesellschaft erschweren. Daraus muss sich eine Verantwortung und eine Ethik bei der Bekämpfung des Menschenhandels ergeben, die den Betroffenen zu Gerechtigkeit verhilft und sie bei der Geltendmachung ihrer Rechte unterstützt.

*Wer sich zum Thema Arbeitsausbeutung in Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und 24-Stunden-Pflege in Europa informieren möchte, dem sei die Plattform gegen Ausbeutung und Menschenhandel [gegenmenschenshandel.at](https://www.gegenmenschenshandel.at) empfohlen. Die Website des Männergesundheitszentrums [MEN men-center.at](https://www.men-center.at) via informiert über Männer als Betroffene von Menschenhandel*



© AÖF

## DER VEREIN AUTONOME ÖSTERREICHISCHE FRAUENHÄUSER HISSTE DIE SCHWARZE FAHNE.

Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) hisst am 28. Oktober die schwarze Fahne und trauerte um die 18. Frau, die heuer bereits ermordet wurde – gemeinsam mit ihren zwei kleinen Kindern am Vortag in Niederösterreich.

Zu viele Frauen verlieren in Österreich ihr Leben durch Partnergewalt. Sie werden meistens dann ermordet, wenn sie andauernde Partnergewalt nicht mehr erdulden und ertragen können und endlich den wichtigen Schritt der Trennung und Scheidung wagen. Sie werden ermordet, weil meist auffällige, den Behörden bekannte Täter nicht oder viel zu lange nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Oft bleibt es nicht beim Mord an der Frau, manche Täter „reißen“ auch die eigenen Kinder und Angehörige „mit in den Tod“.

Das politische Schweigen und Nichtstun muss ein Ende haben – es muss dringend gehandelt werden! Österreich darf gewaltbetroffene Frauen nicht mehr alleine und im Stich lassen! AÖF fordert konkrete Maßnahmen und Mittel für den Gewaltschutz.

**FRAUENHELPLINE GEGEN GEWALT:  
0800 222 555, RUND UM DIE UHR,  
ANONYM, KOSTENLOS UND MEHRSPRACHIG**

**TAMPONS SIND IN DEUTSCHLAND KEINE LUXUS-ARTIKEL MEHR.** Erzeugnisse für die Monatshygiene sollen in Deutschland schon nach dem Jahreswechsel nur noch mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent belegt werden. Dies wird mit einer geschlechterspezifischen Diskriminierung begründet, die mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren sei.

Bisher sind Tampons, Binden, Menstruationstassen etc. als Luxusartikel mit 19 Prozent besteuert. Eine Petition zur Senkung der Tamponsteuer war von 190.000 Personen unterzeichnet worden. Der Bundestags-Finanzausschuss erwarte die volle Weitergabe der Steuerermäßigung an den Endverbraucher (sic!), schreibt die Frankfurter Allgemeine.

© Amnesty Schweiz



© Film Still

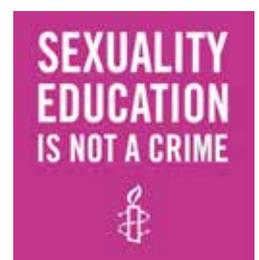
Am Dreikönigstag tauchen die jungen Männer in der nordmazedonischen Stadt Štip nach dem heiligen Kreuz, das der Priester in den eisigen Fluss wirft. Petrunya, die frustriert vorbeikommt, ist die schnellste und - muss dafür kämpfen, das Kreuz behalten zu dürfen. Inspiriert von einer wahren Begebenheit behandelt die Regisseurin Teona Strugar Mitevska schwere Themen wie Sexismus und religiös bestimmte Frauenverachtung auf eine leichte und mitunter ironische Art und Weise. Der Film verliert dennoch nicht an Ernsthaftigkeit. Dies liegt vor allem an dem spannenden Charakter Petrunya: eine durch ihre realitätsnahe Darstellung sehr sympathische und starke Figur, die durch ihren ruhigen und beherrschten Charakter deutlich aufzeigt, wie absurd sich die aufgebrachtten Männer in den Institutionen wie Kirche und Polizei verhalten.

*OT: Gospod postoi, imeto i' e Petrunija  
Teona Strugar Mitevska | MK 2019 | 100 min  
Mit: Zorica Nusheva, Labina Mitevska, Stefan Vujisic*

## POLEN: PARLAMENT DISKUTIERT VERBOT VON SEXUALKUNDEUNTERRICHT.

Neue Gesetzesentwürfe der rechten polnischen Regierung sehen vor, Sexualkunde zu verbieten und die „Förderung minderjähriger sexueller Aktivitäten“ kriminalisieren. Lehrer\*innen, die sich über das Verbot hinwegsetzen, müssten mit bis zu fünf Jahren Gefängnis rechnen. Das Parlament diskutierte im Oktober über den Gesetzesentwurf und beschloss, die Diskussion in einem Unterausschuss fortzusetzen.

In Warschau versammelten sich Demonstrant\*innen, um gegen die geplanten Gesetze zu protestieren, die Sexualkunde an Schulen verbieten und als „Pädophilie“ behandeln würden. Auch Amnesty wandte sich gegen die Pläne der Regierung.



Absender\*in:

---

---

---

---

President Rodrigo R. Duterte  
President of the Philippines  
Malacañang Complex,  
J.P. Laurel Street,  
San Miguel, Manila 1005,  
PHILIPPINEN

Dear President,

Marinel Sumook Ubaldo was only 16 years old when she faced the disastrous effects of climate change.

Marinel survived the deadly typhoon Yolanda in 2013 to become a leading youth activist, dedicated to ensuring the Philippine government, and governments around the world, confront climate change and tackle its effects on her community, and others like them.

Please support Marinel's cause by ensuring that you do all you can to enable the residents of Matarinao village in Salcedo, Eastern Samar (and other vulnerable communities in the Philippines) to live in decent conditions, including having access to enough food, water, housing, electricity and toilets. So far not enough has been done and the community has been left to live in unhealthy conditions, where it is hard to earn a livelihood.

Thank you for your attention to my request.

With kind regards,

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Klimakrise betrifft alle Länder, aber Ihr Land hat die Folgen 2013 mit dem Wirbelsturm „Yolanda“ besonders stark zu spüren bekommen.

Zu den Überlebenden des Taifuns zählt Marinel Sumook Ubaldo, die damals erst 16 Jahre alt war und heute eine führende Aktivistin im Kampf gegen die Klimakrise ist.

Die Menschen in ihrem Heimatort Matarinao im Osten der Insel Samar und in anderen betroffenen Gebieten leiden bis heute unter den Auswirkungen des Taifuns. Sie leben in ungesunden Verhältnissen, die es ihnen erschweren, ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Es ist die Aufgabe Ihrer Regierung, den Wiederaufbau von Infrastruktur und Gebäuden zu unterstützen und die Grundversorgung der Bevölkerung (mit Lebensmitteln, Trinkwasser, Strom, Toiletten etc.) zu gewährleisten.

Daher fordere ich Sie auf, alles dafür zu tun, dass die Bevölkerung Matarinaos und anderer vom Wirbelsturm „Yolanda“ betroffener Orte die notwendige Unterstützung erhält und unter annehmbaren Bedingungen leben kann.

Hochachtungsvoll,

Absender\*in:

---

---

---

---

Prime Minister of Canada  
80 Wellington Street  
Ottawa, Ontario K1A 0A2  
KANADA

Dear Prime Minister,

The indigenous Anishinaabe community of Grassy Narrows, Ontario, has been hard-hit by mercury poisoning. The terrible impacts of toxic mercury dumped into the English and Wabigoon River system in the 1960s are still seen today.

Because of government inaction, generations of young people have grown up with devastating health problems and the loss of their cultural traditions. In 2017, the federal government promised to deal with the mercury crisis “once and for all” – now is the time to make good on that promise.

Restore what mercury contamination has taken from the people of Grassy Narrows. These young people and future generations must have the opportunity to grow up in a thriving community and a healthy environment.

Yours sincerely,

Sehr geehrter Herr Premierminister,

die Grassy Narrows First Nation lebt in einem Gebiet in Ontario, das mit Quecksilber verseucht ist. Das Schwermetall wurde vor mehr als 50 Jahren mit offizieller Genehmigung in das Flusssystem eingeleitet. Viele Menschen in Grassy Narrows leiden unter Vergiftungen, ihre Lebensgrundlage ist bedroht. Die kanadische Regierung hat 2017 versprochen, die Umweltschäden zu beseitigen, doch dem Versprechen sind bis heute keine Taten gefolgt.

Daher fordere ich Sie auf:

Sorgen Sie dafür, dass das quecksilberverseuchte Gewässersystem von Grassy Narrows umgehend gereinigt wird.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Angehörigen der Grassy Narrows First Nation, die von Vergiftungen betroffen sind, fachärztliche Behandlung und Entschädigungen erhalten.

Tun Sie alles dafür, damit die jungen Menschen von Grassy Narrows in Zukunft in einer sauberen Umwelt leben können.

Hochachtungsvoll,

Absender\*in:

---

---

---

---

Minister of Citizen Protection  
Michalis Chrisochoidis  
Protection P. Kanellopoulou 4, 101 77  
Athen  
GRIECHENLAND

Dear Minister

It is shocking that in Greece you can go to jail for saving lives. This is what happened to rescue workers Sarah Mardini and Seán Binder. They volunteered for a sea search and rescue organization in Lesbos and helped people in danger at sea. But they ended up in prison charged with spying, people smuggling and belonging to a criminal organization, until they were released on bail in December 2018 while awaiting trial.

No government should ever make criminals of people helping refugees, instead of doing more to protect a refugee's right to find a safe place to live. When people need to escape conflict, torture or other abuses in their countries, they often have no option but to make highly dangerous journeys to reach safety.

Please ensure that all charges against Sarah Mardini and Seán Binder are immediately dropped and acknowledge the legitimacy of humanitarian actions and the activities carried out by people acting in defense of refugee and migrant rights.

Yours sincerely,

Sehr geehrter Herr Minister,

es ist schockierend, dass die Rettung von Menschenleben in Griechenland zu einer hohen Gefängnisstrafe führen kann. Sarahardini und Seán Binder drohen bis zu 25 Jahre Haft, weil sie als Freiwillige auf Lesbos Flüchtlingen halfen, die sich in Seenot befanden.

Sarah und Seán wurden im August 2018 festgenommen und wegen Spionage, Menschen-smuggels und Mitgliedschaft in einem kriminellen Netzwerk angeklagt. Erst nach drei Monaten in Haft wurden sie auf Kautionsfreigelassen. Seither warten sie auf den Prozess.

Die Anklage ist in keiner Weise gerechtfertigt. Anstatt die beiden und andere Freiwillige zu kriminalisieren, sollten sich die griechischen Behörden lieber stärker für die Rechte von Geflüchteten einsetzen, die oft keine andere Wahl haben, als eine gefährliche Reise anzutreten, um sich in Sicherheit zu bringen.

Bitte stellen Sie sicher, dass alle Anklagen gegen Sarahardini und Seán Binder unverzüglich fallengelassen werden, und erkennen Sie an, dass humanitäre Einsätze und Aktionen zugunsten der Rechte von Flüchtlingen und Migrant\*innen legitim sind und nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Hochachtungsvoll,

Absender\*in:

---

---

---

---

Head of the Judiciary Ebrahim Raisi  
C/o Permanent Mission of Iran to the UN  
Chemin du Petit-Saconnex 28  
1209 Geneva  
SCHWEIZ

Dear Mr Raisi,

Labour rights activist Sepideh Gholian and her family were suffering from constant abuse and harassment by ministry of intelligence officials and prison authorities in Shahr-e Rey prison, where she was held in dire conditions.

Sepideh Gholian and fellow labour rights activist Esmail Bakhshi have been in prison since January 2019 in connection with their participation in peaceful protests and for publicly complaining that they were tortured after their first arrest in November 2018. In September 2019, Sepideh Gholian was sentenced to 18 years in prison and Esmail Bakhshi to 13 and a half years in prison and 74 lashes on spurious national security charges. If upheld on appeal, each of them will have to serve seven years of their prison sentences. I am aware that they were released on bail.

I urge you to:

Ensure that Sepideh Gholian and Esmail Bakhshi are released immediately and unconditionally and their convictions and sentences are quashed as they are prisoners of conscience targeted solely for the peaceful exercise of their rights to freedom of expression, association and peaceful assembly.

Ensure that their allegations of ill-treatment by ministry of intelligence and prison officials are effectively investigated and that anyone suspected of responsibility are brought to justice in fair trials.

Yours sincerely,

Sehr geehrter Herr Raisi,

mit großer Sorge hörte ich von den Haftbedingungen von Sepideh Gholian.

Bitte stellen Sie sicher, dass Sepideh Gholian und Esmail Bakhshi, die auf Kaution freigelassen wurden, umgehend und bedingungslos frei kommen und ihre Verurteilung und das Strafmaß aufgehoben werden, da sie gewaltlose politische Gefangene sind, die sich nur deshalb in Haft befanden, weil sie friedlich von ihren Rechten auf freie Meinungsäußerung, Vereinigung und Versammlung Gebrauch gemacht haben.

Stellen Sie bitte auch sicher, dass ihre Vorwürfe über die Misshandlung durch Angehörige des Geheimdienstministeriums und der Gefängnisverwaltung wirksam untersucht werden und alle Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

# ERFOLGE



# GUTE NACHRICHTEN

**POLEN: FREISPRUCH FÜR MUTIGE FRAUEN.** 14 polnische Menschenrechtsverteidigerinnen, die vor zwei Jahren für Toleranz und gegen den Hass demonstrierten und dafür angezeigt



© Grzegorz Zukowski

wurden, sind Ende Oktober freigesprochen worden.

Am 11. November 2017, dem polnischen Unabhängigkeitstag, stellten sich 14 Frauen mit einem Banner auf die Straße nahe der Poniatowski-Brücke. Inmitten einer Demonstration, deren Teilnehmer\*innen rassistische Parolen schrien und ein „weißes Polen und Europa“ forderten, erhoben sie ihre Stimmen für Toleranz und gegenseitigen Respekt. Sie wurden angegriffen, verletzt, und es folgte eine Strafanzeige wegen Störung einer Demonstration. Nach zwei Jahren Verfahren wurden sie nun freigesprochen,

**TUNESIEN: MENSCHENRECHTSAKTIVISTIN FREIGESPROCHEN.** Die 18-jährige Aktivistin Maissa al-Oueslati filmte am 4. September einen Bekannten, der sich aus Protest vor einer Polizeiwache in Brand setzen wollte. Die Polizei nahm sie und ihren 16-jährigen Bruder willkürlich fest und verhörte sie unter Missachtung des tunesischen Rechts ohne einen Rechtsbeistand. Dann brachte die Polizei die beiden in ein Gefängnis, wo sie die Nacht verbringen mussten. Maissa al-Oueslati wurden konstruierte Anklagen zur Last gelegt, für die ihr bis zu vier Jahren Haft drohen. Am 19. September sprach ein tunesisches Gericht die Aktivistin Maissa al-Oueslati von allen Anklagen frei.

**USA: ALEJANDRA IST ENDLICH FREI.** Die Transgender Aktivistin Alejandra wurde am 6. September freigelassen, nachdem sie fast zwei Jahre in Immigrationshaft festgehalten worden war. Sie war 2017 vor Attacken aufgrund ihrer Transgender Identität aus El Salvador in die USA geflohen.

Jahrelang setzte sich Alejandra für die Rechte von Transgender Personen in El Salvador ein und wurde dafür sowohl von einer kriminellen Bande als auch vom salvadorianischen Militär mehrfach erpresst und bedroht. Im Jahr 2017 floh sie schließlich vor den Einschüchterungen sowie physischen und sexuellen Übergriffen, denen sie aufgrund ihrer Transgender Identität ausgesetzt war, aus El Salvador in die USA und beantragte dort Asyl.

Daraufhin wurde sie von Dezember 2017 bis September 2019 in New Mexico in Immigrationshaft festgehalten, wo sie von unzureichender medizinischer Versorgung berichtete. Nach andauerndem internationalen Einsatz von Amnesty International und anderen Organisationen für ihren Fall, wurde sie am 6. September 2019 endlich freigelassen.

**EL SALVADOR: IN FREIHEIT.** Am 19. August wurde Evelyn Hernández freigesprochen. 2016 war sie, nach einer Fehlgeburt unter El Salvadors absolutem Abtreibungsverbot wegen Mordes zu 30 Jahren Haft verurteilt worden. Bis zu ihrem Freispruch saß sie bereits drei Jahre lang in Haft. Amnesty International hatte sich für ihre Freilassung eingesetzt.

Im April 2016 wurde die damals 19-jährige Evelyn Hernández ins Krankenhaus von Cojutepeque im Norden El Salvadors gebracht, nachdem sie zuhause ohnmächtig geworden war. Dort wurde ihr mitgeteilt, dass die Wehen eingesetzt hatten. Ihr war bis dahin gar nicht bewusst gewesen, dass sie schwanger war. Das Kind kam tot zur Welt. Evelyn Hernández gab später an, dass sie durch eine Vergewaltigung schwanger geworden sei. Die Staatsanwaltschaft kündigte Berufung gegen den Freispruch an.



© COMCAVIS Trans

**DANKE allen, die sich eingesetzt haben!**



Agrupación Ciudadana por la Despenalización del Aborto El Salvador



## BRIEFMARATHON

**Jedes Jahr im Dezember schreiben hunderttausende Menschen im Rahmen des Amnesty-Briefmarathons Briefe, Appelle, E-Mails und Postkarten für Menschen, die in Gefahr sind.**

Gemeinsam drücken wir dadurch Solidarität mit Menschen aus, deren Mut und Ausdauer uns inspirieren. Gleichzeitig üben wir direkt Druck auf

die politisch Verantwortlichen aus, zu handeln. Ein einzelner Brief an die Behörden kann ungelesen weggelegt werden – aber hunderttausende Briefe, E-Mails, Faxe und Postkarten, die alle auf die Einhaltung der Menschenrechte pochen, können nicht ignoriert werden.

Über 12.000 Menschen in Österreich haben mehr als 31.000 Briefe, Postkarten & E-Mails im Rahmen des Briefmarathons 2018 für Menschen in Gefahr versendet. Weltweit wurden

sogar 6 Millionen Briefe verschickt! Die Erfolge der letzten Jahre zeigen, dass unser Einsatz wirkt. Und wir setzen ein Zeichen der Solidarität und Anerkennung für Betroffene und ihre Familien.

**MACH AUCH DU MIT.** Du kannst alleine mitmachen, mit Freund\*innen und Bekannten oder zum Beispiel auch mit deiner Schulklasse.

Mehr dazu auf [amnesty.at](http://amnesty.at)

## ÖSTERREICH: FÜR EINE UNABHÄNGIGE ASYLRECHTSBERATUNG

2019 hat der österreichische Gesetzgeber eine fundamentale Änderung im Asylwesen beschlossen. Die wird sich verheerend auswirken:

Es wird keine unabhängige Rechtsberatung mehr geben. Diese wird künftig vom staatlichen Asylwesen durchgeführt. Das staatliche Asylsystem kontrolliert sich selbst. Es soll in Zukunft

keine unabhängige Kontrolle mehr geben. Das bedeutet eine Aushöhlung des Rechtsstaates und ist verfassungsrechtlich mehr als bedenklich.

Menschen werden abgeschottet und isoliert. Bisher wurde die Unterbringung meist von NGOs und privaten Anbietern im Auftrag der Republik Österreich durchgeführt. Die Zivilgesellschaft hatte immer Zutritt, unzählige Initiativen sind entstanden. Sie haben Deutschkurse organisiert und sich auf vielfältige Weise engagiert. Das ist in Zukunft in Gefahr: die neu geschaffene

Bundesbetreuungsagentur (BBU) übernimmt diese Aufgabe.

Die Initiative #FairLassen, ein Zusammenschluss aus 25 Organisationen, unter ihnen auch Amnesty Österreich, fordert von den politischen Entscheidungsträger\*innen:

- ▶ eine menschenwürdige Versorgung und Betreuung Schutzsuchender!
- ▶ eine strikt unabhängige Rechtsvertretung, die Vertrauen schafft!
- ▶ eine qualitätsvolle Rechtsberatung und unabhängige Information!
- ▶ eine ergebnisoffene Perspektivenabklärung in der Rückkehrberatung!
- ▶ ein bedingungsloses Bekenntnis zu rechtsstaatlichen Verfahren!
- ▶ Integration statt Isolation von Schutzsuchenden!

Petition auf [fairlassen.at/petition](http://fairlassen.at/petition)



**IMPRESSUM. Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin:** Eigenverlag Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43. Redaktion & Gestaltung: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte / Theresia Kandler  
Vereinsregister ZVR: 407408993

Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben.

Fotos und Beiträge, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International

Amnesty Info – Netzwerk Frauenrechte, Nr. 4, Dezember 2019

Österreichische Post AG  
MZ 02Z 031 256M  
Amnesty International Österreich  
Lerchenfelder Gürtel 43  
1160 Wien  
**VORTEILSTARIF**